

Gegen die Mietskasernen.

Aus der Zentralstelle für Volkswohlfahrt.

Die Kurse in der Zentralstelle für Volkswohlfahrt, über die wir bereits berichteten, wurden gestern im Hörsaal des Instituts für Erziehung und Unterricht fortgesetzt. Stadtmedizinalrat Dr. Gottstein (Charlottenburg) sprach über Wohnung und Säuglingssterblichkeit. Er betonte, daß die Sterblichkeit der Säuglinge in der Sommerzeit in den deutschen Städten nicht gleichmäßig sei. Dort, wo die Mietskasernen vorherrschen, sterben mehr Kinder als auf dem Lande, oder dort, wo Kleinwohnbau eingeführt sei. Einen großen Anteil an der Sterblichkeit hätte auch die Temperatur in den Wohnungen, die in Mietskasernen bedeutend höher sei als in anderen Häusern, in denen nicht so viel Menschen beieinander wohnen. Die große Wärme sei dem Säugling schädlich und beeinflusse oft in erheblichem Maße seine Gesundheit. Der Kampf gegen die Mietskasernen müsse energischer in die Hand genommen werden. Vorläufig müsse durch die Wohnungsfürsorge Besserung erzielt werden. In Charlottenburg habe man mit dieser Fürsorge gute Erfolge erzielt. Hier befänden sich zwei Drittel aller Säuglinge der ärmeren Klassen in städtischer Fürsorgeberatung. Durch die rechtzeitige Beratung der oft unerfahrenen Mütter sei viel Glend verhütet worden, und es wäre gelungen, durch rechtzeitige Hilfe zahlreiche Säuglinge dem Leben zu erhalten. Wohnungsfürsorge und Säuglingssterblichkeit ständen im engsten Zusammenhang. Ein zweiter Vortrag, der vom Geh. Medizinalrat Dr. Benß, vortragenden Rat im Ministerium des Innern, gehalten wurde, behandelte die „Wohnung und ansteckende Krankheiten“. Der Redner schilderte, wie die Keime von ansteckenden Krankheiten vorzugsweise dort sich am günstigsten verbreiten, wo Menschen unter unhygienischen Verhältnissen eng aneinandergedrängt wohnen. Gerade in bestimmten Stadtvierteln träten oft immer wieder Infektionskrankheiten auf, wie man es bei der Tuberkulose festgestellt habe. Das Zusammenwohnen in Mietskasernen und die Unsauberkeit der Einwohner rufe vielfach Infektionskrankheiten hervor. Die Bevölkerung müsse viel mehr zur Sauberkeit und zum öfteren Händewaschen erzogen werden. Im Einfamilienhaus wären die Vorbedingungen für ansteckende Krankheiten ganz wesentlich geringer.

Über „Wohnung und Familienleben“ sprach Fräulein Dr. Elise Säbers (Düsseldorf). Das Haus, die Wohnung, solle eine sicherer Punkt, eine freundliche Stätte sein für die Menschen. Darin liege für viele das ganze Glück, daß sie in ihrer Wohnung die einzige ungehörte und friedliche Stätte besitzen. Die Wohnung habe großen Einfluß auf das Familienleben. Insbesondere schilderte die Rednerin die Wohnverhältnisse in Düsseldorf. Auffällig sei die fürchterliche Enge der Wohnungen. Bei großer Kinderzahl kämen die Betten tagsüber auf den Boden, damit die Stühle und Tische am Tage Platz in der Wohnung hätten. Die Mietpreise wären außerordentlich hoch. In den Mietskasernen wäre kein Platz für einen Schrank, kein Platz für einen Spültisch, ferner wären keine Waschtolletten, selten Waschtischen, kaum ein Korridor vorhanden. Ein Vorratsraum für Lebensmittel wäre gleichfalls eine Seltenheit. So wie die Düsseldorfer Mietskasernen wären auch die Kasernen in den übrigen Großstädten des Deutschen Reiches. (Lebhafte Zustimmung.) Ordnung und Sauberkeit in so kleinen Räumen zu erhalten, sei viel schwieriger, als in größeren Wohnräumen. Auch in einer Großstadt wie Charlottenburg lassen die Wohnverhältnisse noch viel zu wünschen übrig. Die Rednerin trat entschieden dafür ein, daß die engen Wohnungen beseitigt würden, damit endlich wieder der alte Spruch zur Geltung käme: „Ob Ost oder West, tu Fuß ist best.“

*

Der Magistrat der Stadt Charlottenburg hatte in der gestrigen Sitzung der

Charlottenburger Stadtverordnetenversammlung

beantragt, einen Betrag von 200 000 Mark zu bewilligen, um zur Abhilfe des Wohnungsmangels leerstehende Läden und gewerbliche Räume zu Wohnungen einzurichten. Wie der Magistrat in der Vorlage mitteilt, ist der Wohnungsmangel besonders durch die zahlreichen Kriegsgesellschaften und Militärbehörden, die in Charlottenburg ihr Heim aufgeschlagen und über 3000 Wohnräume in Anspruch nehmen, hervorgerufen. Ohne Erörterung erklärte sich die Versammlung mit der Vorlage einverstanden. In geheimer Sitzung bewilligte die Versammlung die Aufnahme einer Anleihe von

60 Millionen Mark zur Deckung von Kriegsausgaben. Ferner beschäftigte sich die Versammlung mit dem Erwerb des Grundstücks Klosterbrauerei, das die Stadt zur Durchlegung der Wallstraße nach der Bismarckstraße benötigt.